



## Blut im Stadion

Im Estadio Nacional von Chile, gerade noch Internierungslager, sollte die UdSSR vor 50 Jahren zur WM-Qualifikation antreten. Über einen Boykott und mutige chilenische Fußballspieler. Von Glenn Jäger

SEITEN 12/13

Wir brauchen noch 1.698 Abo! **Siehe Seite 9**

GEGRÜNDET 1947 · DIENSTAG, 21. NOVEMBER 2023, NR. 271 · 2,00 EURO (DE), 2,30 EURO (AT), 2,70 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

### Mit Kettensäge

Argentinien: Ultrarechter Präsidentschaftskandidat Javier Milei gewinnt. Gewerkschafter besorgt

3

### Für Frieden

Großdemonstration am 25.11. in Berlin: Veranstalter trotz Desinteresse der Medien zuversichtlich

4

### Unter Beschuss

Gaza: Trotz Wintereinbruchs ist Indonesisches Krankenhaus im Visier, Diplomaten fordern Einhalt

7

### Im Chaos

Das Dreikörperproblem beschreibt die Gravitationsbeziehungen von mehr als zwei Körpern

15

# Geld stinkt doch

Klimakrise als Klassenfrage: Oxfam-Studie zeigt, dass Großkapitalisten die Hauptschuld an der Erderwärmung tragen. Von Raphaël Schmeller



Das reichste Prozent verursacht so viele Treibhausgase wie zwei Drittel der Weltbevölkerung

Die Reichen führen die Menschheit in die Klimahölle. So lässt sich der jüngste Oxfam-Bericht zusammenfassen, der am Montag veröffentlicht wurde. Demnach verursacht das reichste Prozent der Weltbevölkerung genauso viele Treibhausgase wie die fünf Milliarden Menschen, die die ärmeren zwei Drittel ausmachen. Damit trügen die Großkapitalisten die Hauptverantwortung für die Klimakrise, schreibt die NGO. Ihr Konsum bedrohe die Lebensgrundlagen von Milliarden Menschen.

Konkret verursachte das Konsumverhalten des reichsten Prozents im Jahr 2019 insgesamt 16 Prozent der globalen Emissionen – mehr als der gesamte Straßenverkehr weltweit ausstößt. Die Studie mit dem Titel »Climate Equality: A Planet for the 99 Percent« zeigt unter anderem, dass die Reichen und Superreichen mit ihren Emissionen zwischen 1990 und

2019 für klimabedingte Ernteaussfälle verantwortlich sind, die der Maisernte der EU, der Weizenernte der USA, der Reisernte Bangladeschs und der Sojaernte Chinas zusammengenommen entsprechen. Die Folgen – wie Hungersnöte – bekommen vor allem die Armen im globalen Süden zu spüren.

Die Milliardäre in der BRD haben entscheidend zu dieser Katastrophe beigetragen. Dort war das reichste Prozent im Jahr 2019 für durchschnittlich 83,3 Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Kopf und Jahr verantwortlich – mehr als 15mal soviel wie jemand, der zur ärmeren Hälfte der Deutschen gehört.

»Extremen Reichtum von Einzelpersonen gibt es nicht ohne profitorientiertes Wirtschaften, und die Studie zeigt, wie dies in direktem Zusammenhang zur Ausbeutung von Mensch und Natur steht«, kommentierte Line Niedeggen, Sprecherin von Fridays for Future International, am Montag gegenüber jW.

Nur wenige Milliardäre sprächen sich gegen die offensichtliche wirtschaftliche Ungerechtigkeit und für Umverteilung aus, doch auf globalen Plattformen wie der UN-Weltklimakonferenz COP 28 präsentierten sich diese Personen und Konzerne als Vorreiter des Klimaschutzes, kritisierte Niedeggen. Und überhaupt: »Auf der COP 28, die nächste Woche in Dubai beginnt, wollen die Industriestaaten den »grünen« Kapitalismus festschreiben, der schnelle Lösungen verspricht, aber Zerstörung und Ungerechtigkeit hinterlässt«, so die Klimaaktivistin.

Die am Montag veröffentlichte Oxfam-Studie basiert auf der wissenschaftlichen Erkenntnis, dass die Treibhausgasemissionen der Menschen mit dem privaten Einkommen und Vermögen steigen. Gründe dafür sind unter anderem häufigere Flugreisen, größere Häuser und insgesamt mehr klimaschädlicher Konsum – etwa

in Form von Luxusvillen, Megayachten und Privatjets. Grundlage sind Zahlen des Stockholm Environment Institute, die sich auf Daten des Global Carbon Atlas, der World Inequality Database, der Penn World Tables on Income (PWT) sowie auf Zahlen der Weltbank stützen.

Unter dem Strich, so Oxfam, werden die durchschnittlichen Pro-Kopf-Emissionen des reichsten Prozents der Weltbevölkerung im Jahr 2030 etwa 22mal höher sein als das, was gerade noch mit dem 1,5-Grad-Ziel des Pariser Abkommens vereinbar ist. Die NGO fordert daher, die globale Ungleichheit zu bekämpfen: »Um die Klimakrise zu bewältigen, müssen Regierungen auch die extreme Ungleichheit in der Welt überwinden, denn extremer Reichtum ist eine wesentliche Triebkraft für die Klimakrise«, bilanzierte Manuel Schmitt, Referent für soziale Ungleichheit bei Oxfam Deutschland.

## BRICS-Gruppe tagt zum Nahostkrieg

Johannesburg. Die Staatschefs der BRICS-Gruppe aus Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika wollen diesen Dienstag bei einem virtuellen Sondergipfel über den Krieg zwischen Israel und den Palästinensern beraten. Das teilte AFP am Montag mit. Das Treffen sei vom südafrikanischen Präsidenten Cyril Ramaphosa einberufen worden. Auch UN-Generalsekretär António Guterres werde zugeschaltet sein. Der Gipfel soll mit einer gemeinsamen Erklärung enden, wie es in der Ankündigung heißt. Unterdessen wurden aus Israel neue Pläne bekannt, die Einwohner Gazas dauerhaft zu vertreiben. So forderte die israelische Geheimdienstministerin Gila Gamliel am Sonntag die »internationale Gemeinschaft« in einem Beitrag in der *Jerusalem Post* auf, die »Umsiedlung der Palästinenser aus Gaza in Gebiete außerhalb des Küstenstreifens« zu fördern.

(AFP/jW)

■ Siehe Seiten 7 und 8

## Beijing vereinbart mit Riad Währungsgeschäft



Beijing. China hat im Bestreben, die Bedeutung der landeseigenen Währung Renminbi Yuan zu erhöhen, mit Saudi-Arabien einen Deal für einen Währungstausch geschlossen. Die Zentralbanken beider Länder hätten einen sogenannten Währungsswap im Umfang von 50 Milliarden Renminbi Yuan (rund 6,38 Milliarden Euro) geschlossen, teilte die chinesische Volksbank am Montag mit. Das Abkommen werde die finanzielle Zusammenarbeit beider Länder stärken sowie Handel und Investitionen für beide Seiten erleichtern.

China will den Renminbi Yuan internationalisieren und damit unabhängiger vom US-Dollar werden. Denn Dollar-Reserven könnten etwa in Konfliktfällen eingefroren werden, was etwa die Bezahlung beim Import von Öl erschweren würde. (dpa/jW)

## Argentinien wählt rechts

Präsidentschaftskandidat Javier Milei entscheidet Urnengang unerwartet klar für sich

Argentinien bleibt für Überraschungen gut, auch unangenehme. Entgegen allen Voraussagen konnte sich bei den Stichwahlen ums Präsidentenamt in dem südamerikanischen Land der extrem rechte Kandidat Javier Milei mit deutlichem Abstand gegen den Peronisten Sergio Massa durchsetzen. Demnach erhielt Milei am Sonntag 56 Prozent der Stimmen, auf Massa entfielen 44. Die Wahlbeteiligung betrug 76 Prozent.

»Das Modell der Dekadenz ist am Ende«, verkündete Milei in der Nacht. Am Montag bewies er dann erneut, wes

Geistes Kind er ist, als er laut der Zeitung *La Nación* ankündigte, den öffentlichen Rundfunk privatisieren zu wollen und den Anwalt Mariano Cúneo Libarona als Justizminister einzusetzen. *Página 12* rekapitulierte, dass es Milei und Cúneo um eine Entpolitisierung des Gerichtswesens gehe.

Unter den Gratulanten zum Wahlsieg war auch Mileis Vorbild Donald Trump. »Die ganze Welt hat zugesehen!« behauptete der frühere US-Präsident, der im kommenden Jahr erneut gegen den Demokraten Biden antreten will, auf seiner privaten Nachrichtenplattform

Truth Social. »Ich bin sehr stolz auf dich. Du wirst dein Land umkrepeln und Argentinien wirklich wieder groß machen«, schrieb Trump in Anspielung auf seine eigene Kampagne »Make America Great Again«.

Einfach dürfte es der »Anarchokapitalist« Milei jedoch nicht haben, seine Agenda durchzudrücken, wenn er im Dezember sein Amt antritt. Schließlich verfügt seine Partei »La Libertad avanza« nur über wenige Sitze im Parlament und im Senat über keinen einzigen. Allerdings könnte Milei bei den Konservativen um die in der ersten Wahlrunde im

Oktober ausgeschiedene Allianz »Juntos por el Cambio« Unterstützer finden.

Auch der Internationale Währungsfonds übermittelte Milei seine besten Wünsche. Bei ihm ist Argentinien hochverschuldet. Der deutsche Landwirtschaftsminister Cem Özdemir wiederum fürchtet um die Zukunft des Freihandelsabkommens Mercosur. »Das Umfeld wird schwieriger«, so der Grünen-Politiker am Montag vor einem Treffen mit seinen Amtskollegen aus den anderen EU-Staaten in Brüssel.

Jörg Tiedjen

■ Siehe Seite 3

jW wird herausgegeben von 2.753 Genossinnen und Genossen (Stand 18.10.2023)  
 www.jungewelt.de/lpg

